

## **Europa: Warten auf den großen Wurf?**

*Ein Essay zum 19. WDR-Europaforum 2016 von Cora Pfafferott*

„Europa ohne Europäer?“ – Das war die Leitfrage des diesjährigen WDR-Europaforums am 12.05.2016 in Berlin, bei dem führende EU-Politiker und der österreichische Schriftsteller Robert Menasse sprachen. Doch viel mehr hätte es auch heißen können „Europa ohne Mut und Plan?“. Denn dieser Eindruck entstand, je mehr man den teilnehmenden Politikern zuhörte.

Sei es der deutsche Außenminister Steinmeier, EU-Kommissionspräsident Juncker oder die deutsche Kanzlerin – ihren Worten war zu entnehmen, dass sie Getriebene des Zeitgeschehens sind: Sie diagnostizierten die Probleme wie die Flüchtlingskrise, das angespannte Verhältnis der EU zur Türkei und die Folgen eines möglichen Austritts Großbritanniens aus der EU. Sie prognostizierten die Folgen. Doch das nächste, die Lösungen der Probleme, die schienen sie nicht zu kennen. Und so agieren die EU-Politiker zur Zeit wie ein Arzt, der zwar die Krankheit erkannt hat, aber nicht weiß, wie sie zu heilen ist - und sehr befürchtet, dass der Patient an ihr zerbricht, der in diesem Bilde die Europäische Union ist.

### **Steinmeier: Angst vor Kontrollverlust**

Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier sprach ausdrücklich von einer „Angst vor Kontrollverlust“, die gegenwärtig in Europa umhergehe und die die Gemeinsamkeit aller Ängste sei, die die Menschen hätten. Parteien wie die Alternative für Deutschland oder die „FPÖ“ in Österreich bedienten sich geschickt Angstideologien, um Wählerstimmen zu gewinnen. Doch der Rückzug ins Nationale, die diese Parteien vollzögen, biete nicht die ersehnte Sicherheit.

Im Sinne von Willy Brandts Leitspruch des „Mehr Demokratie wagen“ betonte Steinmeier, dass Demokratie bedeute, Kontrolle bewusst abzugeben und dem Anderen zu vertrauen. Erst dadurch fänden sich Kompromiss. Für die EU bedeute das, Kontrolle von der nationalen auf die überstaatliche Ebene zu verlagern. In der Konsequenz heißt das, dass es mehr Demokratie auf der europäischen Ebene geben muss.

Steinmeiers eigene Sorge, die die Entwicklung Europas betrifft, kristallisierte sich mit dieser Aussage: Er hoffe, dass die EU in einem Jahr noch genauso beschaffen sei wie heute. Damit spielte er auf den möglichen Austritt Großbritanniens aus der EU an. Konservativ den Status quo erhoffend und im Defensivmodus - das kann als ein tatsächlicher Kontrollverlust der Politik interpretiert werden, die nicht aus eigener Initiative die Probleme angeht.

### **Juncker mischt sich nicht ein**

Ein Bild der mangelnden Stärke europäischen Handelns vermittelte Jean-Claude Juncker. Der Präsident der EU-Kommission erklärte, dass er zur Zeit nicht viel mit dem türkischen Präsidenten Erdogan telefoniere, nicht vor dem 23. Juni (der Tag des EU-Referendums) nach Großbritannien reisen werde und sich auch nicht in Polen auf die Seite der Demonstranten in ihrem Kampf für die Rechtsstaatlichkeit ihres Landes gestellt habe.

Gefragt, wie Juncker es zulassen könne, dass die Nationalstaaten ihm auf der Nase herumtanzen, antwortete der Luxemburger, dass ihm vorgeworfen würde, zu viele Zeichen zu setzen. Diese würden so gewertet, dass die EU-Kommission sich aktiv einmische, was dann Folgen für anti-europäische Politik in den einzelnen Ländern hätte.

Diese Aussage kann als ein Eingeständnis dessen gewertet werden, dass die Nationalstaaten immer stärker und die EU-Institutionen immer schwächer werden. Das ist also in diesem Falle ein europäischer Kontrollverlust. Beim Europaforum in Berlin kündigte Juncker an, den Türkinen und Türken nur dann Visafreiheit zu gewähren, wenn die Türkei den umstrittenen Terrorparagrafen ändere (beides ein wesentlicher Deal des EU-Türkei-Abkommens). Ob das so folgt, wird zu beobachten sein.

### **Merkel offenbart Abhängigkeiten**

Die deutsche Kanzlerin formulierte ehrlich: Sie sei enttäuscht, dass nicht alle EU-Mitgliedsländer Flüchtlinge aufnehmen. Da Deutschland diese Aufgabe nicht allein schultern könne, heiße es, die Außengrenzen der EU zu schützen und die Fluchtursachen zu bekämpfen. Dadurch ergäben sich de facto Abhängigkeiten, wie es das EU-Türkei-Abkommen zeige. Langfristiges Ziel seien „humanitäre Kontingente“, also das menschliche Umverteilen aller Geflüchteten auf die einzelnen EU-Länder. Die Europäerinnen und Europäer müssten sich an dieses System gewöhnen, was noch Zeit bräuchte. Doch wenn realisiert, „dann haben wir das geschafft“, so Merkel. Damit spielte die Bundeskanzlerin offensichtlich an ihr Mantra des „Wir schaffen das!“ an, das sie in der zweiten Jahreshälfte 2015 noch allein auf die Flüchtlingssituation in Deutschland bezogen hatte.

### **Warten auf den großen Wurf?**

Was tun, in dieser Lage? Was tun, wenn zu beobachten ist, dass selbst geballte Macht, versammelt in einem einzigen Raum, hier im Welsaal des Auswärtigen Amtes, eher ratlos ist? Wie kommt der Arzt an die Medizin, die er braucht, um den Patienten zu retten?

Eine Möglichkeit wäre das Warten auf die Initialzündung, die so genial ist, dass sich danach alles rapide entfaltet und die Probleme einfach löst. Doch wann käme diese Zündung? Und läge in diesem Tun nicht die Gefahr eines endlosen Wartens à la Becketts Godot?

Eine andere Möglichkeit ist das kurzfristige Handeln auf Sicht oder auch Tagespolitik. Pragmatismus, Politik am ständigen Limit und im Defensivmodus, atemlos, statt strategisch dosierter Kondition. Damit sind die Ängste der Menschen sicherlich nicht zu lindern.

### **Was also stattdessen? Gibt es etwas Drittes?**

Wenn die Politik nicht weiter weiß, dann lädt sie sich wohl einen Gelehrten ein, der ihr wie ehemals ein Hofnarr den Spiegel vorhält: Und so hielt beim WDR-Europaforum Robert Menasse die Rede „Europa vor der Wahl. Der eindimensionale Europäer“, in der der Österreicher die Vergangenheit und Zukunft Europas reflektierte.

Menasse Blick ins Vergangene: Jahrhundertelang stiftete der Nationalismus Unheil. Europas Kopernikanische Wende waren die Gründungsverträge von 1957 (auch die „Römischen Verträge“), die es erlaubten, die Kompetenzen des Nationalstaats Schritt für Schritt auf die europäische Ebene zu heben. Doch die europäische Einigungsgeschichte machte einen fatalen Fehler: Dies waren die Verträge von Lissabon von 2008. Sie hätten das EU-Parlament aufgewertet, ohne die Wahlen zu transnationalisieren. Zudem wäre mit ihnen die Macht des Rats gestärkt worden, der nun als „Wagenburg des Nationalismus“ die EU in einer europapolitischen Abwärtsspirale zerstören würde.

Menasse blickte dann in die Zukunft. Er forderte, eine nachnationale Demokratie als europäische Republik zu entwickeln. Diese mit Menschen- und sozialen Rechten zu versehen, sei die zentrale Aufgabe, der sich der „universale“ Europäer stellen müsse. Dieser handele nach den unveräußerlichen Menschenrechten, die für alle gleichermaßen gelten würden. Das Pendant, der eindimensionale Europäer hingegen, stelle die Menschenrechte nur Seinesgleichen zur Verfügung.

Diese Worte, so abstrakt und wert aufgeladen sie waren, offenbarten das, was wir in Europa jetzt brauchen: Demokratie vollendet auf europäischer Ebene, Rechtsstaatlichkeit als Richtschnur, Handeln nach unveräußerlichen Menschenrechten. Konsequentes Verurteilen all derer, die die Menschenrechte verletzen, egal ob Präsident eines außereuropäischen Landes, EU-Staatschef oder „einfache/r“ BürgerIn.

Das wird die Probleme nicht ad hoc lösen. Doch dieses mutige Handeln wird zu mehr Vertrauen und uns zu dem großen Plan führen, der uns heute noch allen fehlt.

*Cora Pfafferott, 15. Mai 2016*

*Cora Pfafferott nahm als Pressesprecherin von Democracy International beim WDR-Europaforum in Berlin teil. Dieser Aufsatz spiegelt ihre persönlichen Gedanken und Beobachtungen wider.*

Tel.: 02203 102 14 75, [pfafferott@democracy-international.org](mailto:pfafferott@democracy-international.org)